

# UNSER-BRAUNSCHWEIG

Die Zeitung der Bürgerinitiativen | **B·I·BS**

Nr. 1 | 1. Jahrgang | 80 000 Exemplare | [www.unser-braunschweig.de](http://www.unser-braunschweig.de) | Samstag, 4. April 2009

Lesen Sie, worüber  
andere Zeitungen  
nicht berichten...

## Geheimgehaltene Verträge enthüllen: Schuldenflut

Braunschweig  
mit über 300 Mio. €  
verschuldet  
**Seite 4**

300 Mio. €

### Inhalt

**Schildbürgerstreich  
im Rathaus**

Seite 2

**60 000 Bäume**  
sollen in Waggum gefällt  
werden für die  
Verlängerung der  
Landebahn

Seite 3

**Müllenum**  
Ein Investor setzt seinen  
Riesenhaufen in unsere  
Stadt

Seite 3

**Privatisierung**  
Kredite aus verdeckten  
Kanälen

Seite 4

**IGS Braunschweig**  
Eine Initiative  
setzt sich durch

Seite 5

**Tickende Zeitbomben**  
in unserer Region:  
ASSE, Konrad,  
Morsleben

Seite 6

**Sonderhaftanstalt**  
in Braunschweig

Seite 6

**Versammeln verboten?**  
Demonstrationsfreiheit in  
Gefahr

Seite 7

**Kriegsschiff**  
"Braunschweig"  
kreuzt auf Weltmeeren

Seite 7

**Feuilleton**

Seite 8

## Städte als Spekulanten – Braunschweig auch dabei?

Eine erstaunliche Wortwahl für die konservativ-seriose Frankfurter Allgemeine Zeitung: auf „heikle Geschäfte“ hätten sich Kommunen eingelassen, da hätten sich „Städte als Spekulanten“ betätigt und seien dem „Lockruf des vermeintlich leichtverdienten Geldes“ erlegen.

Worum geht es? Um „Cross Border Leasing“ – Geschäfte, bei denen eine Kommune jeweils Eigentum wie ein Kanalnetz oder ein Wasserwerk an ein amerikanisches Unternehmen verkaufte, um es sofort zurück zu leasen und so amerikanische Steuergesetze zu umgehen; die so kreierte „Beute“ wurde dann halbe-halbe zwischen Kommune und amerikanischem Unternehmen aufgeteilt.

Etwa 100 deutsche Kommunen haben sich auf solche Geschäfte eingelassen – und Braunschweig ist dabei

Die Braunschweiger Verkehrs AG, 100%ige Tochter der Stadt, hat

12 Straßenbahnen „nach Amerika verkauft“ und zwar im Jahre 2003, etwa zwei Jahre nach Amtsantritt von Dr. Gert Hoffmann.

Damit sprang sie sehr spät auf den Zug der wundersamen Geldvermehrung auf.

Die Warnungen vor den Nachteilen und Gefahren waren bis zu diesem Zeitpunkt immer lauter geworden.

Sogar der Städte- und Gemeindebund wies im selben Jahr 2003 auf die Risiken hin, die sich aus der meist jahrzehntelangen Laufzeit der Verträge ergäben.

Bereits im Folgejahr stoppte der amerikanische Kongress endgültig diese Art von „Geschäften“.

Aber die Städte sind nun meist durch „Knebelverträge“ (FAZ) gebunden, die ihnen große Risiken aufbürden und besonders in der Finanzkrise dazu führen können, dass die jeweilige Stadt nicht nur ihren Anteil an der Beute

verliert, sondern sogar erhebliche Verluste macht. Die FAZ stellt fest: „Der Bürger, der Verträge nie gesehen hat, bürgt.“

Um herauszufinden, ob eine solche Entwicklung auch in Braunschweig droht, wurden der Pressestelle der Stadt neun Fragen vorgelegt.

Die Stadt verweigert bis heute die konkrete Beantwortung der Fragen.

Gibt es etwas, was die „bürgenden Bürger“ besser nicht wissen sollten?



**Mit einem Euro  
die nächste Ausgabe sichern.**

Spendenkonto:

Bürgerinitiative BS (BIBS),

Kto-Nr. 150404606,

Braunschweigische Landessparkasse,

BLZ 250 500 00, Stichwort „Spende“.

**Jede Spende ist als „Parteispende“  
steuerlich absetzbar!**

## In eigener Sache

Diese Zeitung wird von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet, herausgegeben und von ihnen selbst finanziert.

Unser Motiv: Wir wollen es uns nicht länger gefallen lassen, dass die Braunschweiger Zeitung in ihrer kommunalen Berichterstattung mehr verschweigt als berichtet.

Wenn Bürgerinnen und Bürger sich zusammen tun, um sich am politischen Geschehen der Stadt zu beteiligen, wird das von der BZ ignoriert.

Wenn Menschen in Braunschweig für mehrere Tage in Vorbeugehaft gehalten werden, berichtet die BZ nicht darüber. Die in jeder Ratssitzung gestellten Bür-

geranfragen, mittlerweile über 60, finden in der BZ keine Erwähnung. Stattdessen übernehmen Redakteure auch schon einmal die Presseerklärungen des Oberbürgermeisters wortwörtlich als redaktionelle Artikel.

Dies alles hat mit kritischem Journalismus nichts mehr zu tun.

Deshalb diese Zeitung! Bürgerinitiativen berichten hier über Hintergründe, Fakten und Geschehnisse in Braunschweig. Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter [www.unser-braunschweig.de](http://www.unser-braunschweig.de) sowie unter [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de) für überregionale Themen. Alle Braunschweiger und Braunschweigerinnen, die das Erscheinen dieser neuen „Zeitung“ unterstützen wollen, bitten wir um Spenden, damit weitere Ausgaben erscheinen können mit Meldungen und Berichten, die Sie in der Braunschweiger Zeitung vergeblich suchen.

Treten Sie ein in einen Dialog mit uns! Sie erreichen uns als BIBS-Fraktion im Rathaus. Tel. 4 70 21 80 und am Samstag-Infostand in der City.

# Rathausrückbau – Ein Schildbürgerstreich

## Abriss und Vernichtung bereits sanierter und begrünter Dächer

**Der Rathaus-Rückbau würde bereits erfolgte Sanierung und Dachbegrünung vernichten**

Aufgrund einer BIBS-Nachfrage im Bauausschuss am 18. 3. 2009 geht hervor, dass bereits im Jahre 2004 mit einer ökologisch vorbildlichen energetischen Dachsanierung und sogar Begrünung der rund 2100 m<sup>2</sup> Dachflächen des Rathaus-Neubaus/Zusatzbaus begonnen worden ist.

Rund ein Drittel (ca. 700 m<sup>2</sup> der Dächer) sind zu einem kleinen Dachbiotop ausgebaut worden, dann wurde ohne Wissen der Beschlussgremien die weitere Sanierung Mitte 2005 gestoppt.

Die Kosten für die insgesamt 2.120 m<sup>2</sup> Dachflächen-Dämmung und -Begrünung wurden in einer zugrunde liegenden Beschlussfassung



*Blick vom Rathausdach Richtung Quadriga*

vom 6. 7. 2004 mit 472.000 € ermittelt und auf vier Bauabschnitte der Jahre 2004–2007 (jeweils 118.000 €) aufgeteilt.

In der Beschlussvorlage ist zu lesen: „Die Dachbegrünung verbessert

zudem das Stadtklima, den Wasserhaushalt (Bindung von Staubpartikeln, Speicherung von Feuchtigkeit) sowie den Schallschutz und übernimmt den UV-Schutz für die Dachhaut.“

Siehe: Drucksache 8997/04 im Ratsinformationssystem

**Mitte 2005 kam dann eine Kehrtwende**

weil „Sichtachsen“ zwischen Schloss-Fassade und Burgplatz geschaffen werden sollten.

Der Chef der Lokalredaktion Ralph-Herbert Meyer schrieb am 26. 10. 2005 in der BZ: „Plan: Abriss des Rathaus-Neubaus Braunschweiger Politiker drücken aufs Tempo“. „Der Rathaus-Neubau am Bohlweg in Braunschweig soll im nächsten Jahr abgerissen werden.“

Das fordern die Fraktionen von CDU und FDP. Von dem Abriss soll eine Initialzündung für schnelle private Investitionen auf der Bohlweg-Seite gegenüber des Schlosses ausgehen.“

Der Beschluss der Ratsgremien von 2004 und die begonnene Sanierung wurden dann einfach nicht weiter umgesetzt – wohlgermerkt ohne einen anderen Beschluss des politischen

Gremiums. Die SPD-Vertreterin im Ausschuss am 18. 3. 2009 erinnerte sich noch an diesen Aufstellungsbeschluss. So schalten und walten vor der Öffentlichkeit gerne verborgen – Geisterhände von Moderne-Verächtern und „Schloss“-Lobbyisten, nur durch sich selbst legitimiert.

**Lobbyismus mit Falschberichterstattung**

Von all dem erfuhr die Öffentlichkeit durch die Zeitung nichts, im Gegenteil: **aus der BZ vom 12. 2. 2009:**

„Wenn es regnet, fließen übers Rathaus-Flachdach die Bäche – Gesamtpersonalrat der Stadtverwaltung begrüßt den Teilabriss des Gebäudes...“ (newslick, 12. 2. 09). Die BZ-Meldung war falsch. Noch am selben Tag dementierte der Personalrat, dass er den Teilabriss begrüße. Die Leser der BZ erfuhren davon allerdings nichts.

<http://BIBS.kostenloses-forum.tk> Das Rathausdach kann man auch im Internet bei google earth ansehen.

## Schwierigkeiten mit der Wahrheit

**Entschieden hat Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann jüngst die Vorwürfe von Kritikern von sich gewiesen, dass die Stadt finanziell weit schlechter dastände als von ihm dargestellt. Nach Aussagen des OB sei an diesen Vorwürfen rein gar nichts dran.**

Fakt ist jedoch, dass die Stadt Zahlungsverpflichtungen in Höhe von über 300 Mio. € aufgenommen hat, die im aktuellen Haushalt nicht ausgewiesen werden.

Diese Schulden sind aber von der Stadt in den nächsten 30 Jahren abzuzahlen. Fakt ist auch, dass trotz jährlicher Rückzahlung von rd. 7,5 Mio. € aus den Gebühren für Abwasser und Müll, jährliche neue Zahlungsverpflichtungen

von bis zu 19,8 Mio. € hinzukommen, wodurch im Saldo dieser Schuldenberg noch im Jahre 2035 von jetzt 300 Mio. € auf rd. 500 Mio. € ansteigen wird.

Ist es überhaupt denkbar, dass ein Oberbürgermeister in einer so entscheidenden Sache die Unwahrheit sagt? Ein Blick in die Vergangenheit hilft, diese Frage zu klären.

Schon einmal gab es eine wichtige Frage, die zwischen Hoffmann und seinen Kritikern heiß umstritten war: die Frage nämlich, wie weit das „Schloss“ nun rekonstruiert werden soll. Wir erinnern uns: „Ich empfehle eine Baustellenbesichtigung, dann sieht man, dass das nicht eine bloße Fassade ist. Wir bauen dort tatsächlich (...) das alte

Schloss (...) original 1:1 wieder auf.“ Mit diesen Worten fertigte OB Gert Hoffmann im Kommunalwahlkampf 2006 seinen Herausforderer Friedhelm Possemeyer ab, der bemängelt hatte, dass nicht das alte Schloss wiederhergestellt würde, sondern eine reine Fassade. Tage nach der Eröffnung des ECE-Centers, als die Wahrheit nicht mehr zu verbergen war, waren vom OB in einem Fernsehbericht plötzlich ganz andere Worte zu hören: „Es ist natürlich nicht das alte Schloss.“

Das weiß jeder. Weder ist es komplett aufgebaut noch wohnt der Herzog drin. „Es ist der Aufbau der Schlossfassade und das ist dann das Schloss.“ Ganz so wie es Possemeyer gesagt hatte.

### Gastkommentar

**Viele Privatisierungen versteht man nur, wenn man fragt, wer daran verdient.**



*Albrecht Müller war unter Bundeskanzler Willy Brandt Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt. Herausgeber von [www.NachDenkSeiten.de](http://www.NachDenkSeiten.de)*

Die Entscheidung darüber, ob eine für uns notwendige Dienstleistung in öffentlicher Verantwortung oder von privaten Unternehmen erstellt werden sollte, hängt aus volkswirtschaftlicher Sicht davon ab, ob die Produktion der Dienstleistung im Wettbewerb möglich ist.

Das geht nur, wenn die „Produktion“ ohne Mehrkosten teilbar ist. Das klingt theoretisch, ist aber von praktischer Bedeutung, wie Beispiele aus unserem Alltag zeigen: Wenn Lieferwagen verschiedener Paketdienste täglich nacheinander in einer Straße Pakete ausliefern, dann ist das unwirtschaftlich und übrigens auch ökologisch unsinnig.

Auch die Privatisierung kommunaler Versorgungs- und Entsorgungsleistungen ist gesamtwirtschaftlich nicht zu verstehen. Wettbewerb funktioniert hier nicht. Es ist widersinnig, zwei

Müllwagen im Wettbewerb durch eine Straße zu schicken oder zwei Wasser- und Abwasserleitungen durch eine Straße zu verlegen, damit zwei Anbieter in Wettbewerb treten können. Und dennoch wurde in Deutschland in den letzten 20 Jahren maßlos privatisiert.

Das sei modern, der Staat sei zu bürokratisch. Deshalb sei Privat in jedem Fall besser. Es gibt Bürokratien. Aber wo die politisch Verantwortlichen wollen, da können auch kommunale Dienstleister hervorragende Arbeit leisten.

Es gibt in Deutschland viele effizient arbeitende Stadtwerke, hoch rationalisierte Einwohnermeldeämter und innovative Verkehrsunternehmen in den Händen der Kommunen.

Der pauschale Vorwurf der Bürokratie ist ein Vorwand, hinter dem die wahren Motive versteckt werden: Privatisierungen sind fettes Futter für die Finanzwirtschaft und die damit verbundenen Anwälte, Investmentbanker, Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer und Public-Relations-Unternehmen.

Wenn zum Beispiel die Deutsche Bahn AG privatisiert würde, dann würden daran nicht nur die neuen Eigentümer verdienen. Schon bei der Transaktion, beim Börsengang, würde ein ganzes Heer die Hand aufhalten. Die vorgesehenen Investmentbanken würden weit über 100 Millionen kassieren.

Der Verantwortliche bei der vorgesehenen Investmentbank Morgan Stanley ist übrigens ein ehemaliger Wahlkampfhelfer unserer Bundeskanzlerin. So schließt sich der Kreis.

## Was will die BIBS

Viele der Artikel in dieser Zeitung befassen sich mit sehr ernstesten Themen. Ist denn alles schlecht hier?

Nein, natürlich nicht. Aber es gibt vieles, was sich lohnt, es noch besser zu machen.

Dass die Braunschweiger Initiativen mehr können als nur meckern, beweisen zahlreiche gute Projekte, an denen BIBS-Initiatoren beteiligt waren.

Mit dieser Zeitung möchten wir unsere Vision von Braunschweig darstellen, um sinnvolle Alternativen für unsere Stadt aufzuzeigen.

Die Politikverdrossenheit in Braunschweig ist „Rathausgemacht“.

**BIBS ist** ein Angebot von Bürgern an Bürger, die in der Braunschweiger Parteienlandschaft keine wirkliche Vertretung mehr sehen.

**BIBS bietet** eine Alternative zu den Machtinteressen der Parteipolitiker.

**BIBS bildet** ein Gegengewicht zu Lobbyismus und Vetternwirtschaft.

**BIBS fordert** lückenlose Informati-

onspolitik und eine unparteiische Presse.

**BIBS wendet** sich gegen Privatisierung und Monopolisierung auf Kosten der Bürger und zu Lasten der Lebensqualität.

**BIBS will**, dass auch noch unsere Kinder in dieser Stadt eine lebenswerte Zukunft haben.

**BIBS steht** für Daseinsvorsorge, damit Braunschweig nicht zum Konzern verkommt.

**BIBS steht** daher mit dieser Zeitung für ein Angebot an die Braunschweiger Bürger, sich aus einer neuen Perspektive mit unabhängigen Nachrichten zu informieren.

**Impressum**  
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstr. 8,  
38120 Braunschweig  
Redaktion: Fabio Reinhardt, Ingeborg Gerlach  
(Thema Bildung)  
redakt. Überarbeitung: Torben Dietrich  
Druckerei: Druckhaus Schlaeger GmbH & Co. KG  
Wolterfor Straße 116-118, 31224 Peine

# 60 000 Bäume sollen für Manager-Flüge fallen



Die Landesregierung betrachtet die Startbahnverlängerung in Braunschweig als ein publikumswirksames Prestigeobjekt.

Man möchte offenbar wirtschaftspolitische Kompetenz bei der Schaffung von Arbeitsplätzen beweisen.

Ist das Vorhaben aber auch gut begründet?

Keiner der Befürworter des Vorhabens (CDU, SPD, FDP) hat bisher nachweisen können, dass mit dem Ausbau der Startbahn bestehende Arbeitsplätze tatsächlich gehalten oder neue geschaffen werden.

Organisationen wie die Lufthansa, das Board of Airline Representatives in Germany sowie Pressekommentare von ARD Panorama bis zur Financial Times Deutschland sprechen sich deutlich gegen derartige Prestigeobjekte aus. In Braunschweig versucht man schon fast verzweifelt, Begründungen für das Vorhaben zu liefern. Die erschienen jedoch von Beginn an widersprüchlich. So wurde zum Beispiel im Masterplan

2003 ausgewiesen, eine Firma IAV aus dem Kraftfahrzeugbereich wolle sich bei einer Verlängerung der Startbahn am Flughafen ansiedeln. Tatsächlich

Luftfahrtbereich. Und die CDU meinte, das DLR habe vorgerechnet, man habe in drei Jahren einen Zuwachs an qualifizierten Arbeitsplätzen von 30% er-

sichtigte Verlängerung wurden von engagierten Bürgerinitiativen nachvollziehbar widerlegt.

Die Befürworter einer Verlängerung

managements können gegenwärtig nicht von Braunschweig aus starten. Die Startbahn müsste dazu verlängert werden. Allerdings hat die EU wissen lassen, dass sie dafür keine Fördermittel bereitstellen wird.

Die mit einer Verlängerung einhergehende Vernichtung von etwa 60.000 Bäumen und eines Vogelschutzgebiets findet ebenfalls keine Akzeptanz.

Unabsehbare Schäden für Klima und Luftreinhaltung in Braunschweig sowie der Verlust des größten Naherholungsgebiets im Umland wären die Folge. Aus diesem Grund haben der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und betroffene Waldbesitzer gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Verlängerung der Startbahn vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg Klage erhoben.

Mit einer Entscheidung wird im Mai dieses Jahres gerechnet.

NABU-Spendenkto.-Nr. 150 501 369 Nord-LB (BLZ 250 500 00) „Spende Sonderkonto Flughafen“



hatte die Firma aber bereits 2002 diesen Plan aufgegeben. Andererseits wünschte die IHK Braunschweig eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur im

zielt. Wohlgermerkt, ohne Verlängerung der Startbahn. Klare Linie oder Konfusion? Alle Begründungen für die beab-

haben die Begründungen daher im folgenden Verfahren nicht mehr wiederholt. Bis auf eine: gelegentliche Ultra-Langstreckenflüge des VW-Ma-



www.bi-flughafen-bs.de

## Der starke Mann und der Müll

Müllberg als Kulturdenkmal? Ein sog. „Antikes Theater“ auf einem künstlich angelegten Hügel am Madamenweg – für diesen Plan erhielt die Firma Lindemann 1998 den Segen der SPD-Verwaltung.

Ausschließlich Bauschutt dürfe aufgeschüttet werden, hieß es. Und die LKWs rollten und schütteten.

Worüber nicht gesprochen wurde: Im Untergrund befindet sich eine Haus- und Gewerbemülldeponie.

Eigentlich waren die Genehmigungen der Stadt für die Auffüllung einer südlichen Teilfläche gedacht.

Zudem sollte zur Abdichtung vor der „Modellierung des Geländes“ eine Kunststoffdichtungsbahn auf den Deponiekörper aufgebracht werden.

Weder wurde vom Betreiber Lindemann die Abdichtung eingebaut, noch sind die genehmigten Mengen von insgesamt 330 000 Kubikmetern eingehalten worden.

Laut Aussagen von Baudezernent Zwafelink wurden 40 000 weitere LKW-Ladungen Müll abgekippt, so dass der Müllberg heute mehr als doppelt so groß ist wie genehmigt. Für den Deponiebetreiber war es ein einträgliches Geschäft, denn für jede Tonne kassierte er etwa 15 Euro.

Aber es sind nicht nur die Abfallmengen, die Behörden auf den Plan rufen. Bereits 1983 wurden Grundwasserverunreinigungen in unmittelbarer Nähe der Deponie festgestellt, die offenbar durch Deponiesickerwässer verursacht

waren. Die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen wegen unerlaubtem Umgang mit gefährlichen Stoffen: Dreimal ist Asbest entdeckt worden, ein Bodengutachten belegt „Belastungen durch Kupfer, Sulfate und Kohlenwasserstoffe“, Untersuchungen an den neun Grundwasser-Messstellen zeigen eine zunehmende Belastung.

Im Umweltamt wurde das Problem von Sachbearbeitern benannt, doch die oberen Etagen bewahrten Stillschweigen und blieben bis heute untätig. Statt durchzugreifen, wurde pro Jahr lediglich „zwei- bis viermal“ kontrolliert. Bisher ohne Konsequenzen. Während die einen das Veranstaltungsgelände „Millennium“ mit dem höchsten Punkt Braunschweigs und dem freien Blick auf die gesamte Stadt als eine Attraktion

darstellen (http://de.wikipedia.org/wiki/Braunschweig-Weststadt), haben die Anwohner das Nachsehen. Bereits 1991 wurde eine Grundwasserverunreinigung im Teich festgestellt, ein Jahr später war ein Fischsterben zu beobachten. Die Kleingärtner fürchten um ihr Obst und Gemüse. Doch es regt sich Widerstand und für die Bürgerinitiative „Müllennium“ ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

**Letzte Meldung:** Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen ein, da der Beschuldigte u. a. „als Opfer illegaler Materialablagerung durch diverse Anlieferer anzusehen ist“.

Diese etwa 100 Jahre alte Buche sollten Sie sich etwa 20 m hoch und mit 12m Kronendurchmesser vorstellen. Mit Ihren 600 000 Blättern verzehnfacht sie ihre 120 qm Standfläche auf etwa 1 200 qm Blattfläche. Durch die Lufträume des Schwammgewebes entsteht eine Zelloberfläche für den Gasaustausch von etwa 15 000 qm, also zwei Fußballfelder! 9 400 Liter = 18 kg Kohlendioxid verarbeitet dieser Baum an einem Sonnentag! Das ist der durchschnittliche Kohlendioxidabfall von zweieinhalb Einfamilienhäusern. Bei einem Gehalt von 0,03 % Kohlendioxid in der Luft müssen etwa 36 000 cbm Luft durch diese Blätter strömen mitsamt den enthaltenen Bakterien, Pilzsporen, Staub und anderen schädlichen Stoffen, die dabei größtenteils im Blatt hängen bleiben. Gleichzeitig wird die Luft angefeuchtet, denn etwa 400 Liter Wasser verbraucht und verdunstet der Baum an demselben Tag. Die 13 kg Sauerstoff, die dabei vom Baum durch die Photosynthese als Abfallprodukt gebildet werden, decken den Bedarf von etwa 10 Menschen. Für sich produziert der Baum an diesem Tag 12 kg Zucker, aus dem er alle seine organischen Stoffe aufbaut. Einen Teil speichert er als Stärke, aus einem anderen baut er sein neues Holz. Wenn nun der Baum gefällt wird, zur bequemeren Bearbeitung des Ackers, auf Antrag des Automobilclubs, weil der Baum zu viel Schatten wirft oder gerade dort ein Geräteschuppen aufgestellt werden soll, so müsste man etwa 2 000 junge Bäume mit einem Kronenvolumen von 1 cbm pflanzen, wollte man ihn vollwertig ersetzen. Die Kosten dafür dürften etwa 150 000 Euro betragen.

**Wir fordern:**

- Keine weiteren Abholzungen in und um Braunschweig (ausgenommen Bestandspflege)
- Die Einführung einer dem Klimawandel angemessenen Baumschutzsatzung
- Den Erhalt der ca. 60.000 Bäume im Querumer Forst Braunschweig soll wieder Mitglied im Klima-Bündnis werden

**Bürgerinitiative Baumschutz und**  
[www.buergerinitiative-nationalpark-harz.de](http://www.buergerinitiative-nationalpark-harz.de)

**Schlagzeilen**

**Versprechen gebrochen**

2005 wurde von der Stadt öffentlich versprochen, der neue Betreiber der Stadtentwässerung werde die Abwassergebühren zehn Jahre nicht erhöhen. Tatsächlich hat BS-Energy dies Versprechen sofort gebrochen:

- Erhöhungen 2006: 1,6%
- 2007: 5,7%
- 2008: 4,3%
- 2009: 3,7%!

**Korrekt berechnet?**

Während alle Braunschweiger/Innen Abwassergebühren entsprechend der Schmutzwassermenge bezahlen müssen (80–90 Cent je Kubikmeter), musste das ECE während der Bauzeit der Schlossarkaden nur eine einmalige Pauschale von 22 000 € bezahlen. Der Privatbetreiber Veolia/BS-Energy hat das Recht, die Abwasserkanäle für Sondergeschäfte zu nutzen. Warum sollten auch alle Abwasser- verursacher, nur weil die Kanäle aus ihren Gebühren gebaut wurden, gleich behandelt werden? Das galt nur, solange der Betrieb kommunales Eigentum war. Aus dem geologischen Gutachten zur ECE Baugenehmigung ergibt sich, dass das ECE zwischen 6–12 Mio. Kubikmeter Grubenwasser während der Bauphase über die Abwasserkanäle entsorgt hat. Jeder andere Bauherr hätte dafür ca. 5 Mio. bis 10 Mio. € bezahlen müssen, diese Summe ist so dem Gebührenhaushalt entgangen.

**Gut kalkuliert?**

Als der Abwasserbetrieb noch der Stadt gehörte, wurde mit 14,25% Regiekostenzuschlag (Kalkulation der Betriebskosten) für jeden investierten € bei der Gebührenberechnung kalkuliert. Unter der Geschäftsführung von Veolia wurde für 2008 der Zuschlag auf 15,85% angehoben. Bei 19,8 Mio. € Neuinvestitionen in 2008 belastet diese Anhebung der Regiekosten die Gebührenzahler mit 316 800 € Erhöhung, gesamt 3 138 300 €. Planungskosten berechnet Veolia zusätzlich! Offensichtlich können kommunale Betriebe wirtschaftlicher arbeiten als private Firmen!

**Gut beraten?**

Für die Transaktion der Privatisierung stellte die Beraterfirma KPMG der Stadt 3,4 Mio. € in Rechnung (laut Aussage von Leif Zierz (KPMG) auf einer öffentlichen Veranstaltung Ende 2005).

**Veolia in schwerer See**

„Veolia-Aktien purzeln in den Müll“ waren die Schlagzeilen der FAZ. Net vom 7. 3. 2008. Inzwischen wird der dringende Finanzbedarf von Veolia auf 1,5 Mrd. € beziffert. Deshalb muss Veolia jetzt schnellstmöglich Firmen verkaufen. Besorgte Mitarbeiter fragen sich: Wird bs-energy bald zum dritten Mal verkauft?

**Weitere Info:**

Dokumentation „Wie ein Oberbürgermeister aus Abwasser Gold macht“ Erhältlich am BIBS-Infostand samstags in der Innenstadt.



**222 Millionen aus verdeckten Kanälen**

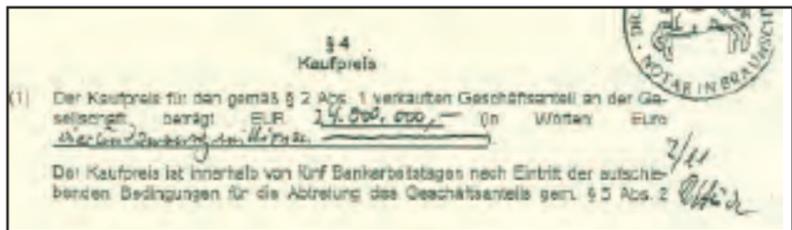
*Alles heiße Luft*

**Bisher vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene Verträge beweisen:**

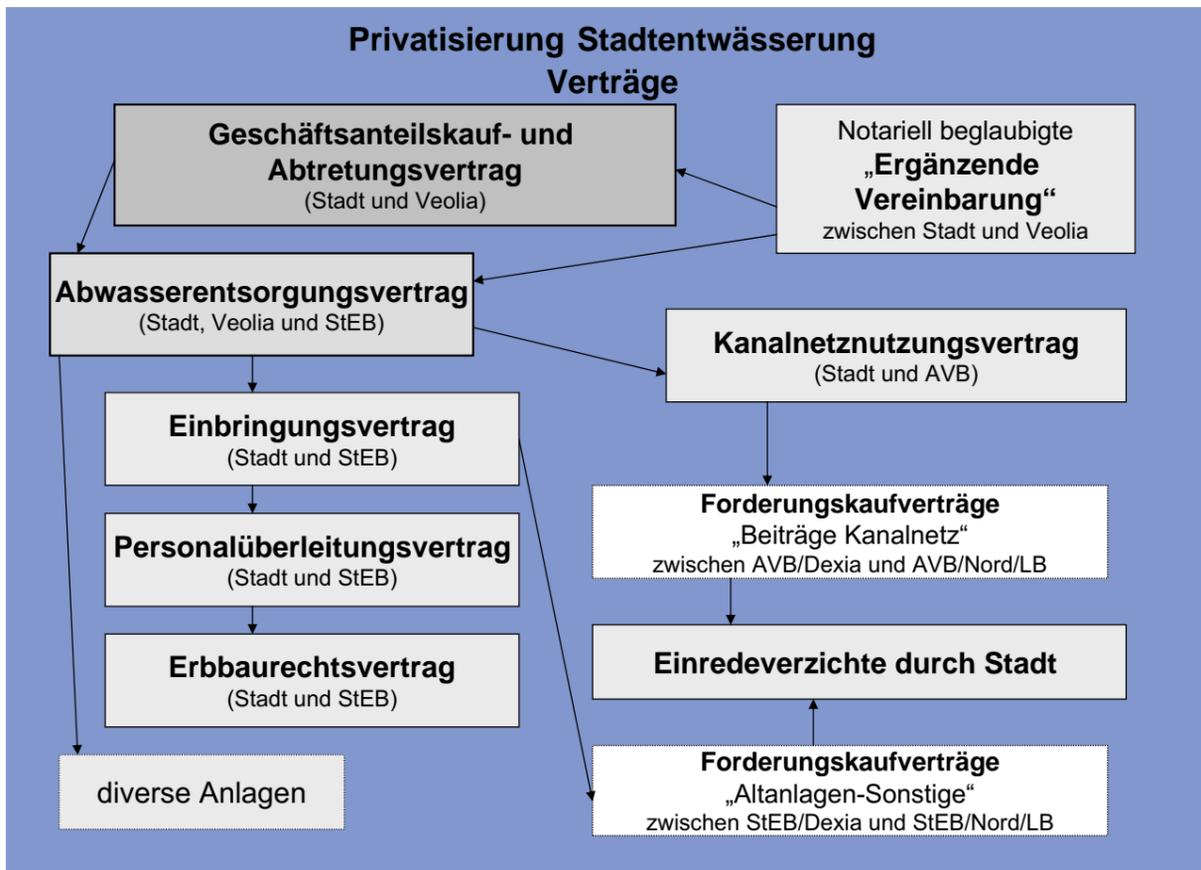
Mit der Privatisierung der Abwasserwirtschaft ist - entgegen den bekannten Behauptungen des Oberbürgermeisters - kein Gewinn für Braunschweig verbunden. Auch wenn in der Öffentlichkeit der Käuferlös für die Abwasserkanäle damals mit über 240 Mio. € beziffert wurde (Presseerklärung der Stadt vom 7. 11. 05), hat Veolia Water Deutschland laut Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag nur 24 Mio. € bezahlt. Die restlichen 222 Mio. € kamen vom Abwasserverband, an dem die Stadt Braunschweig selbst großer Teilhaber ist. Der Abwasserverband zahlte diesen Betrag laut Kanalnetz-Nutzungsvertrag für das Nutzungsrecht an den Abwasserkanälen und stellte dieses anschließend BS-Energy/Veolia kostenlos zur Verfügung (neue Braunschweiger 29. 1. 2006). Hatte der Abwasserverband 222 Mio. € auf der hohen Kante? Weit gefehlt! Das Geld musste die Stadt Braunschweig dem Abwasserverband als Kredit bei zwei Banken (Nord LB und Dexia Bank) besorgen. Für Tilgung

und Zins zahlt die Stadt 30 Jahre lang, auch dann wenn Veolia Pleite geht. Dies ist nichts anderes als eine verdeckte Kreditaufnahme mittels eines „Strohmanns“ - wie der Volksmund sagt - nämlich dem Abwasserverband. Die Bürger haben so 90% des „Käuferlöses“ quasi selbst bezahlt! Diese und ähnliche Schulden in anderen Privatisierungsverträgen (z. B. 24 Mio. € in Verträgen mit ALBA) bezeichnete der Oberbürgermeister in einer Presseerklärung vom 12. 2. 09 als „fremde“ Kredite, die nicht im städtischen Haushalt aufgeführt werden müssen. Mit solchen Finanztricks wurde Braunschweig „faktisch“ schuldenfrei gerechnet. Bei einem städtischen Haushalt von

600 Mio. € zahlt die Stadt heute noch mehr als 300 Mio. €, „fremde“ Kredite ab. Das ist eine Verschuldungsquote von 50%. Zusätzlich wurde das städtische Vermögen deutlich gemindert, denn die „Stadtentwässerung Braunschweig GmbH“ gehört nun nicht mehr der Stadt. Außerdem wurde einer Privatfirma für 30 Jahre das Monopol der Abwasserentsorgung für lukrative Geschäfte überlassen. Dies zu verschweigen widerspricht der Verpflichtung zu Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Und wohin fremde und faule Kredite sowie das Verschleiern von Verschuldung führen - das zeigt die aktuelle Banken- und Finanzkrise hinreichend.



Geschäftsanteilskaufvertrag: Kaufpreis nur 24 Mio. € statt 240 Mio. €



Schwer zu durchschauen: das Geflecht der Privatisierungsverträge

**Schlagzeilen**

**Gut versorgt**

Veolia/bs-energy ist offenbar mit der Arbeit seines Aufsichtsrates zufrieden. Die Vergütung der Beisitzer Frau Kükelhan (SPD) und Herrn Seht (CDU) unter ihrem Vorsitzenden Dr. Hoffmann wurde gerade auf 6000 € im Jahr erhöht. Herr Winter (ehemals SPD - Fraktionsvorsitzender im Rat) ist jetzt Geschäftsführer der bs-energy netz GmbH, Tochterfirma von BS-Energy/Veolia.

**Starke Gewinnentwicklung**

Während BS-Energy unter dem Eigentümer Stadt noch bescheidene Gewinne erwirtschaftete - und damit die Braunschweiger mit Gebühren und Energiepreisen nur in Maßen belastete - sind die Gewinne unter der privaten Geschäftsführung des Mehrheitseigners Veolia auf fast 50 Mio. € pro Jahr stark gestiegen: Diese Gewinne kassiert Veolia zu 74,9% entsprechend ihrem Anteilsbesitz und führt sie an die Mutterfirma in Frankreich ab. Die Bürger sehen davon nichts!

**Regulierungsbehörde greift ein**

Zweimal musste das Bundesamt zur Regulierung der Energienetze einschreiten, weil bs-energy/Veolia zu hohe Netzentgelte für die Stromnetze abrechnen wollte. Die Ratsvertreter im Aufsichtsrat haben dazu auf Anfragen zahlreicher Bürger keine Stellung genommen. Stattdessen haben sie den wiederholten Versuch, die Braunschweiger/Innen mit unzulässigen Strompreiserhöhungen zu belasten, schweigend mitgetragen.

**Sonderzuwendung**

Der Braunschweiger Kunstverein bekam auf Beschluss der CDU/FDP Ratsmehrheit 50 000 € erhöhte Förderung, kein anderer Verein sonst. Vorsitzender ist Dr. Huck (CDU Mitglied und Notar der geheim gehaltenen Verträge zur Privatisierung der Stadtentwässerung), der auch gern seinen Geburtstag im Kunstverein feiert. Mehr dazu im BIBS-Forum (<http://BIBS.kostenloses-forum.tk>)

**Namensrechte verschleudert**

Für nur 350.000 € hat die Stadt den Namen „Stadtwerke Braunschweig“ an bs-energy verkauft. Mit diesem Namen kann Veolia zukünftig als Privatkonzern den Anschein eines kommunalen Betriebes erwecken und so in der Öffentlichkeit den Vertrauensbonus für kommunale Betriebe gewinnträchtig ausnutzen.

**Fernwärmepreise massiv erhöht**

In den Jahren von 2004 bis 2008 hat bs-energy die Fernwärmepreise um 50% erhöht. Der Oberbürgermeister wollte trotzdem einen Fernwärmeanschlusszwang für alle einführen. Die Bürgerinitiative „Fernwärmeforum“ konnte dagegen jedoch erfolgreich Widerstand organisieren.

**Dexia Bank pleite**

Im September 2008 mussten die Steuerzahler der Benelux Staaten über 6 Mrd. € zur Abwendung der Pleite dieser Bank zahlen. Die Banker dieser Bank können angeblich mit Geld umgehen - deshalb wurden von der Stadt Braunschweig auch 50% der beim Abwassergeschäft forfaktierten Gebühren an diese Bank abgetreten.



## „Wege zu einer Kultur des Friedens“

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Das Friedenszentrum e.V. Braunschweig, das seit über zwanzig Jahren in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem Friedensbündnis Braunschweig die Reihe „Wege zu einer Kultur des Friedens“ betreibt, setzt nicht nur auf gewaltfreie Lösungen äußerer Konflikte, sondern bemüht sich um eine neue Lebenskultur, die Solidarität und soziale Gerechtigkeit fördert.

Insbesondere jetzt, wo das auf Marktgläubigkeit und bedingungslose Konkurrenz angelegte neoliberale Denken einen Riss erhalten hat, möchten wir in Vorträgen, die jeweils am dritten Dienstag eines Monats in der „Alten Waage“ stattfinden, auf andere Möglichkeiten des gesellschaftlichen Denkens und Handelns hinweisen.

Es sind Querschnittsthemen: Der Februar-Vortrag über „Leistung“ (J. Weimer) stellte das gängige Muster von Gewinner und Verlierer infrage und zeigte, in welche Perversitäten die totale Ökonomisierung des Leistungsbegriffs führt.

Elmar Altvater, der im März über die gegenwärtige Krise am Finanzmarkt referierte, wies auf die verhängnisvol-

len Zusammenhänge zwischen neoliberaler Kultur, Politik und Ökonomie hin, die uns in die tiefste Krise seit 1929 geführt haben.

In ihrer Breite liegt die Chance dieser Vortragsreihe, aber auch ihre Problematik, was öffentliche Förderung angeht. Nach den „Förderrichtlinien der Stadt Braunschweig“ leistet das Kulturinstitut der Stadt Braunschweig nur für künstlerische und kulturelle Veranstaltungen einen Beitrag. „Tagespolitik“ ist von der Förderung strikt ausgeschlossen.

Die Veranstaltungen des Friedenszentrums bewegen sich oft in der Grauzone. Es ist nicht die Stadt allein, die ihren Bürgern politische Abstinenz verordnet, sofern kein finanzkräftiger Spender einspringt.

In Niedersachsen wurde 2002 die Landeszentrale für Politische Bildung geschlossen.

Natürlich fördert der Bund noch politische Bildung, aber davon dringt so gut wie nichts nach unten, zu den kleinen Initiativen, den Wurzeln der Demokratie. Politische Bildung ist aus öffentlicher Sicht kein förderungswürdiges Gut mehr - in Braunschweig und anderswo

## Wulffs Manöver gegen die IGS

**Alle offiziellen Elternbefragungen belegen es:**

Die Gesamtschulen (IGS) sind die beliebteste Schulform und international mehrfach ausgezeichnet. Auf Beschluss der Niedersächsischen Landesregierung sollen ab 2010 die Integrierten Gesamtschulen das Abitur in einem 8-jährigen Bildungsgang verpflichtend einführen, obwohl diese Neuerung von den meisten Eltern abgelehnt wird. Die Verkürzung der Schulzeit hätte zerstörerischen

Einfluss auf das pädagogische Konzept der Integrierten Gesamtschulen. Aber genau das will Ministerpräsident Wulff erreichen. Massiver Widerstand der Bevölkerung hat bereits begonnen.

**Infos und Aktionen unter:**  
www.elternverband-gesamtschule.de und www.gew-nds.de,  
www.unser-braunschweig.de  
und am BIBS-Informationsstand, jeden Samstag in der Innenstadt.

**ZITAT**  
„Bildung muss in unserem Land zum Megathema werden, wenn wir uns in der Wissensgesellschaft des nächsten Jahrhunderts behaupten wollen. Wissen ist heute die wichtigste Ressource in unserem rohstoffarmen Land. Wissen können wir aber nur durch Bildung erschließen.  
Außerdem ist Bildung ein unverzichtbares Mittel des sozialen Ausgleichs. Bildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und noch immer die beste Prophylaxe gegen Arbeitslosigkeit.  
Und sie ist zugleich das Lebenselixier der Demokratie in der Welt, die immer komplexer wird.“

Der frühere Bundespräsident Roman Herzog vor 11 Jahren zur Bedeutung von Wissen und Bildung für die Entwicklung unserer Gesellschaft im 21. Jhd. Eröffnungsrede auf dem Berliner Bildungsforum.

# Bildung – Das Megathema

„Ich würde keinem Land empfehlen, das deutsche Schulsystem zu übernehmen“, sagt Prof. Elsbeth Stern, Lernforscherin an der Hochschule Zürich.

Ein Schulsystem, das Kinder in Hauptschule, Realschule und Gymnasium sortiert, werde den unterschiedlichen Begabungen der Schüler nicht gerecht. Es gibt keine wissenschaftlich belegbaren Argumente, die ein solches System rechtfertigen.

Die Wirtschaft ist sich mit den meisten Bildungsexperten weltweit einig. „In der heutigen globalen Wirtschaft ist es von entscheidender Bedeutung, das Bildungspotenzial der gesamten Bevölkerung zu nutzen.“

Die frühe Aufgliederung in Deutschland ist dafür ein Hindernis“, so Prof. L. Wößmann vom ifo-Institut für

Wirtschaftsforschung. Eine weitere Studie des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) und der Barrenberg Bank bestätigt diesen Sachverhalt.

„Zukünftig kommt dem Wissen und dessen Mehrung eine Schlüsselposition für den weiteren ökonomischen Erfolg der führenden Industrienationen zu.“

Die internationale Organisation OECD zeigt, dass Deutschland bei der Qualifizierung der Arbeitnehmer im Hochschulbereich deutlich unterhalb des Durchschnitts rangiert. Die Ursache sei hauptsächlich in der viel zu frühen Trennung ab der 4. Klasse zu sehen und in der mangelnden Chancengleichheit der Kinder. Gesamtschulen seien hier ein wesentlicher Teil der Lösung.

„Das deutsche Schulsystem gewährleistet keine Chancengleichheit, es entstammt dem ständischen Schulwesen aus dem 19. Jahrhundert“, so Rita Süßmuth. Chancengleichheit bedeutet, dass jedes Kind die gleichen Möglichkeiten erhält, sich so weit zu bilden und zu entwickeln, wie seine Talente es zulassen.

Nach der US-amerikanischen Lernforscherin Camilla Benbow kann von gleichberechtigtem Zugang zu Bildung und Wissen in Deutschland nicht die Rede sein.

Zemira Mevarech von der israelischen Bar Ilan Universität kritisiert vor allem, dass der gesellschaftliche Status der Eltern die Schulform der Kinder stark bestimme. Von gleichen Bildungschancen in Deutschland kann also keine Rede sein.

## Endlich vierte IGS für Braunschweig – Wo bleibt die fünfte?

**Der Konflikt war langwierig und heftig. Im Januar 2007 traf sich erstmals die „Aktion 4. IGS für Braunschweig“.**

Jedes Jahr mussten die bestehenden Gesamtschulen hunderte von Kindern abweisen, weil der vorhandene Platz nicht für alle ausreichte. Das 2002 von der CDU/FDP-Landesregierung erlassene Gründungsverbot für neue Gesamtschulen machte den sonst so gepriesenen Elternwillen bedeutungslos. Diese Nichtachtung der Eltern, die anstehende Landtagswahl und die herausragenden Leistungen der drei Braunschweiger Gesamtschulen waren die Steine, die die Initiative für die vierte IGS ins Rollen brachten.

Es wurden Unterschriften gesammelt: von der Gewerkschaft, von Parteien und der Initiative, die jeden Samstag auf dem BiBS- Stand in der Fußgängerzone die Unterschriftenlisten aus-

legte. Die Resonanz in der Bevölkerung war groß. Die Stadtverwaltung jedoch wollte von dieser Aufbruchstimmung in Braunschweig nichts wissen und verwies auf das Errichtungsverbot. Als Dr. Uwe Meier, der Sprecher der Initiative, im Dezember 2007 dem Oberbürgermeister die über 2500 Unterschriften überreichen wollte, verwies dieser zum Zeichen seiner Missachtung zunächst auf sein Beschwerdebüro.

Nach lautstarken Protesten im Rathaus wurden die Unterschriftenlisten übergeben. Die Stimmung im Land wurde gereizter. Im Vorfeld der Landtagswahlen 2008 geriet die niedersächsische Ablehnungsfront ins Wanken und damit auch die CDU/FDP in Braunschweig. Das „Verbotsgesetz“ konnte nicht mehr gehalten werden. Am 15. April stimmte der Rat einstimmig (wenn auch unter Vorbehalt) der Er-

richtung einer vierten IGS in Braunschweig-Volkmarode zu.

Der Unterricht kann zum Schuljahr 2009/10 beginnen. Nun musste noch eine Befragung bei den Grundschullehrern über den Bedarf für eine vierte IGS durchgeführt werden.

Erst auf wiederholtes Drängen der SPD gab Schuldezernent Wolfgang Laczny die Ergebnisse bekannt. Kein Wunder: der Rücklauf der Fragebögen lag bei ungewöhnlich hohen 70 Prozent.

Von 5313 teilnehmenden Eltern sprachen sich 3034 Eltern für eine vierte IGS aus. Eine fünfte IGS in Braunschweig wäre also zukunftsweisend. Der Rat hat diese mit der Einstimmigkeit von CDU/FDP und OB Dr. Hoffmann aber bereits wieder abgelehnt.

www.igs.unser-braunschweig.de

## Arbeit abschaffen mit 1-Euro-Jobs? Lizenz zum Jäten

Zum siebten Mal setzt die Stadt Ein-Euro-Kräfte ein, um Straßen und Plätze von Wildwuchs zu befreien. Quecke, Diestel und Gänseblümchen geht es in Braunschweig organisiert an den Kragen – sofern sie an Straßen und Plätzen auftreten, an denen Wildwuchs nicht gewünscht wird.

236 Langzeitarbeitslose sorgen dafür, dass sich Braunschweig „gepflegt“ präsentiert. [...]

Nach Beschreibung der heimatischen Wildkrautidylle beschreibt uns die BZ, was denn so toll an einem Ein-Euro-Job ist.

„[...] Er bietet Arbeitslosengeld-II-Empfängern in den Bereichen Gastronomie und Gartenbau durch so genannte Ein-Euro-Jobs Arbeitsmöglichkeiten und Qualifikationsmöglichkeiten, die im Idealfall in den ersten Arbeitsmarkt münden. [...], Tut er das?

Das „Wildkrautprojekt“ bietet der Stadtverwaltung lediglich Gelegenheit, billige Arbeitskräfte zu rekrutieren, statt diese Aufgabe qualifizierten Unternehmen zu übertragen. Wenn allerdings Arbeitslose diese Aufgaben übernehmen, die einen tatsächlichen Wert für die Gesellschaft darstellen, sollte ihr Engagement entsprechend honoriert werden.

Eine derartige Almosen-Entlohnung ist unwürdig und schafft keine weiteren sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Lediglich zwei Prozent solcher Jobs münden tatsächlich in ein festes Arbeitsverhältnis, das dürfte sich mittlerweile herum gesprochen haben.

**Notwendige Arbeit soll gut bezahlt werden.**

1-Euro-Job-Anbieter und -Jobber sollten eher das Problem statt Wildkraut an der Wurzel packen und prüfen, ob

die vorgesehene Tätigkeit solche Arbeitsplätze verhindert oder sogar den Tatbestand der Schwarzarbeit erfüllt. Informationen bieten hierfür die Handwerks- oder die Industrie- und Handelskammer, aber auch ein Betrieb der jeweiligen Berufsgruppe kann und wird da gern behilflich sein.

**Gebot der Zusätzlichkeit – Wettbewerbsverzerrung**

Von Zusätzlichkeit – einer Grundbedingung für 1-Euro-Jobs – kann hier wohl auch keine Rede sein – gehört die Pflege von Grünanlagen nicht längst zu den städtischen Pflichtenaufgaben, die wir alle anhand unserer Steuerabgaben bereits gezahlt haben? Gibt es überhaupt „zusätzliche“ Arbeit?

Bezahlen wir damit nicht sogar doppelt und dreifach?

# Endlager Morsleben:



## Frau Merkel in direkter Verantwortung

Asse II, Schacht Konrad und Morsleben – unsere Region hat gleich drei Atommüll-Standorte auf engstem Raum.

Während spätestens seit der Lichterkette im Februar die Informationen über Probleme bei der Atommüllagerung in Asse II und Schacht Konrad weite Teile der Bevölkerung erreicht haben, herrscht weitgehende Unkenntnis über das weniger als 40 km von Braunschweig entfernt gelegene Atommüllendlager Morsleben.

Die Staatliche Zentrale für Strahlenschutz bestimmte 1969 als Standort für die Zentrale Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle der DDR das Bergwerk Morsleben: ERAM (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben). Noch vor dem Umbau zum Endlager und der offiziellen Inbetriebnahmegenehmigung von 1978/79 finden ab 1971/72 die ersten Einlagerungen statt. Zu DDR-Zeiten wurden flüssige radioaktive Abfälle auf eine Schicht Braunkohlenfilterasche versprüht, in der Annahme, dass dieses Gemisch sich verfestigen würde.

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht und große Mengen radioaktiver Flüssigkeiten drangen bis in die unteren Stollen des Bergwerks ein. Feste radioaktive Abfälle wurden zum Teil lose oder in Fässern in Einlagerungshohlräume verstürzt oder gestapelt. Dabei wurden – ähnlich wie in Asse II – bereits viele Fässer beschädigt. Strahlenquellen wurden zum Teil in Bohrlöchern versenkt.

Zu DDR-Zeiten wurden etwa 14 000 Kubikmeter Atommüll eingelagert, nach der deutschen Einheit wurden von 1994 bis 1998 mehr als 22 000 Kubikmeter Müll aus westdeutschen Kernkraftwerken hinterhergeschickt. Dieses Lager wird von Experten und von Bürgerinitiativen als „durchlöchert wie ein Schweizer Käse“ charakterisiert. Es ist wie Asse II ein ehemaliges Salzbergwerk und hat seit längerer Zeit etliche Wasserzuflüsse. 2001 zeigte ein „Löserbruch“, bei dem mehrere Tau-

send Tonnen Salzgestein von der Decke herabstürzten, die Einsturzgefahr der Grube. Frau Merkel 1995:

**„Kein Sicherheitsdefizit in Morsleben“**

Hauptverantwortlich war in dieser Zeit Umweltministerin Angela Merkel. Der SPIEGEL zeigte am 20. 10. 2008 detailliert auf, wie fundiert und nachdrücklich etliche Experten darauf hinwiesen, dass das Lager völlig unsicher sei und dass sich daher jede weitere Einlagerung verbiete. Der Artikel rekonstruiert ebenso ausführlich die Haltung Frau Merkels unter dem Motto „Morsleben ist sicher“. Mehr noch, sie versuchte sogar kritische Stimmen mundtot zu machen, indem sie z. B. das Land Sachsen-Anhalt anweisen ließ, Stellungnahmen der Landesbehörde zum Thema Morsleben seien nicht ohne ihre vorherige schriftliche Zustimmung abzugeben. Schon 1995 hatte sie eine Intervention des Landesumweltministeriums ignoriert und Sachsen-Anhalt untersagt, irgendeine nachträgliche Auflage bzw. inhaltliche Beschränkung ohne ihre vorherige bundesaufsichtliche Zustimmung zu erlassen.

Ab 1995 wurden im Rahmen einer groß angelegten Untersuchung Daten für ein umfassendes hydrologisches Gutachten erhoben. Die Ergebnisse wurden nicht veröffentlicht.

1998, kurz vor dem Regierungswechsel, setzte sie sogar eine Novelle zum Atomgesetz durch, nach der es möglich gewesen wäre, Morsleben bis zum Jahr 2005 weiter zu betreiben. Diese Absicht wurde dann im selben Jahr durch das Oberverwaltungsgericht Magdeburg vereitelt, nachdem Greenpeace und der BUND geklagt hatten.



## Die vermASSElte Demokratie

**Warum eine lebhaftere Demokratie und freie BürgerInnen vor allem in der Region Braunschweig dringend gestärkt werden müssen.**

Von JAN PHILIPP ALBRECHT  
Tausende Menschen in der Region fassen sich derzeit an den Kopf: Seit über 20 Jahren ist bekannt, dass jährlich mehrere tausend Kubikmeter Wasser in den mit 126.000 Atommüllfässern gefüllten Schacht Asse II im Landkreis Wolfen-

büttel fließen. Offenbar hatten Betreiber und Politik nichts anderes zu tun, als die unvermeidliche Katastrophe zu vertuschen und über die Zeit zu bringen. Immer neue Unglaublichkeiten um die Asse kommen ans Licht. Dennoch arbeiten die Atomindustrie und ihre Lobby in der Politik vehement daran, die dreckige und teure Atomkraft wieder salonfähig zu machen. Und warum? Weil sich mit den gefährlichen Meilern kurzfristig

# Atomkraftgegnerin in Braunschweig inhaftiert

Cécile Leocomte, Spitzname Eichhörnchen, ist eine junge Sportkletterin aus Frankreich und Mitglied der Umweltorganisation Robin Wood. Sie hatte in Gorleben durch Abseilen von einer Brücke gegen den Castor-Transport demonstriert. Sie wurde festgenommen und für drei Tage in Braunschweig inhaftiert, damit sie an der Haupt-Demonstration nicht teilnehmen konnte.



Cécile von Robin Wood

**Hier der sehr persönliche Bericht von Cécile Leocomte:**

**Wie der Staat seine BürgerInnen schützt**

Cécile Leocomte berichtet:

Eines Tages im November 2008, der Castor kommt und eine Aktivistin sitzt für über 3 Tage in Langzeitgewahrsam – zu ihrem Schutz. Es geht aber natürlich nicht um die Strahlung aus dem Castor, hierzu mag Papa Staat nicht tätig werden. Sondern es geht um Schutz vor sich selbst, zur Gefahrenabwehr, so die übereinstimmende Begründung von Polizei und Gerichten. Der Freund und Helfer schützt die ungehorsame Aktivistin vor der Vielleicht-Begehung einer Ordnungswidrigkeit. Sie könnte ja gegen den Castortransport in luftiger Höhe demonstrieren, sprich: den Luftraum über der Strecke besetzen und somit eine Anzeige kassieren. Wie ungeheuer!

Die Haftbedingungen sind alles andere als gemütlich, aber was soll's? Etwas Ersatzbestrafung kommt ja auch gut hin. Schließlich sollte sich die Betroffene ja darüber freuen, derart vor einer erneuten Anzeige wegen Baumklettern geschützt zu werden. Und wenn es ihr nicht passt, kann sie sich ein Bild davon machen, wie die Ordnungshü-



„Fesselungsarten...“

Diese Fotos hingen bis Dezember 2008 auf dem Gang vor den Haftzellen und wurden nach öffentlichen Protesten entfernt.

terInnen sie überzeugen möchten: an der Wand des Gewahrsamstraktes hängen aussagekräftige Bilder, die alltägliche amtliche Fesselungs- und Folterungstechniken darstellen. Eine Delle in der Wand wurde sorgfältig umrahmt. „Kopfstoß gleich Kopflos“ lautet die Bildunterschrift. Die Beamten haben sogar Humor.

Die Bilder sorgten in der Öffentlichkeit für Empörung und wurden inzwischen entfernt, um „Forderungen des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe“ nach zu kommen, so die zuständige Polizeidirektion.

Doch unsere Geschichte ist längst nicht zu Ende. Wenige Monate nach diesem Vorfall flattert ein Strafbefehl ins Haus. Wird die Polizei für ihre menschenverachtende Handlung nun zur Rechenschaft gezogen?

Aber nein! Fehlanzeige! Der Strafbefehl richtet sich gegen die Aktivistin. Statt einer Ordnungswidrigkeitsanzeige wegen Baumklettern erntet sie also eine Strafanzeige. Die Staats-



Vorbeugehaft

schützerInnen machen es möglich! Der Vorwurf lautet Widerstand und Körperverletzung: die großzügige Polizei hat der Gefangenen innerhalb von 3 Tagen einen ca. 30-minütigen „Freigang“ gewährt. „Frei“ heißt hier an eine Polizistin mit Handfesseln gebunden. Statt sich zu bedanken, weigerte sich die Gefesselte, sich vom Sonnenschein zu verabschieden und freiwillig in die fensterlose weiß gekachelte Zelle zurückzukehren.

Die Staatsanwaltschaft hat in diesem Verfahren das öffentliche Interesse bejaht.

Doch die besagte Öffentlichkeit wird sich sicherlich fragen, wieso die Staatsanwaltschaft der Meinung ist, sie vertrete das öffentliche Interesse, wieso die Richterin den Wisch namens Strafbefehl im Namen des Volkes unterschreiben könne. Aus der Akte ist nämlich zu entnehmen, dass die Gefangene sich äußerst passiv verhielt und „schwer“ machte.

Die Polizei ist der Meinung, die Angeklagte könne die physikalischen Gesetze der Schwerkraft beseitigen und mehr wiegen, als das, was die Waage anzeigt. Und der arme verletzte Polizist weiß nicht mehr, wann und wo er sich seine „Schürfwunde“ eingeholt hat.

Da werden Einem beim Lesen die Augen ganz schön feucht.

Wir sind gespannt auf die Beweisaufnahme. Das Theaterstück wird demnächst vor dem Amtsgericht Braunschweig aufgeführt.

Eichhörnchen

Hintergrund auf Seite 7

große Profite erlangen lassen. Auf Kosten unserer Sicherheit und erst recht der unserer Kinder und deren Nachkommen. Dass sowohl beim Castor-Transport nach Gorleben im November, als auch bei der Lichterkette Ende Februar hier in der Region jeweils 15.000 Menschen gegen die unsägliche Atomenergie auf die Straße gingen, zeigt die klare Haltung der Bevölkerung in dieser Frage. Doch die Proteste werden regelmäßig von rigorosen Innenpolitikern als Sicherheitsgefahr gebrandmarkt und Men-

schen willkürlich stigmatisiert und schikaniert. Hier muss es endlich ein neues Selbstbewusstsein der BürgerInnen für ihre eigenen Rechte und für die Notwendigkeit demokratischer Willensbekundung geben. Es kann nicht sein, dass wir uns einer repressiven Überwachungsunion hingeben und Katastrophen wie in der Asse hinnehmen. Deshalb ist die rege Beteiligung an der Lichterkette und das erstarkte bürgerschaftliche Engagement in der Region ein enorm wichtiger Beitrag zum Erhalt unserer Demokratie

und damit sozialer und ökologischer Werte.

Jan Philipp Albrecht ist vor 26 Jahren in Braunschweig geboren und in Wolfenbüttel aufgewachsen. Er hat in Bremen, Brüssel und Berlin Jura studiert und kandidiert derzeit auf einem aussichtsreichen Listenplatz der Grünen für die Europawahl am 7. Juni.





„Kopfstoß = Kopflös“

Diese Fotos hingen bis Dezember 2008 auf dem Gang vor den Haftzellen und wurden nach öffentlichen Protesten entfernt.



## Sind nur Perverse gegen die Internetzensur?

### Regierung will Kontrolle über das Internet ausweiten.

Es klingt familienfreundlich, ist finanzierbar und wer dagegen argumentiert, kann leicht als Perverser gebrandmarkt werden: Die Internetzensur. Offizielle Bezeichnung: „Vorgehen gegen Kinderpornografie im Internet“.

Das Prestigeprojekt von Bundesfamilienministerin von der Leyen funktioniert folgendermaßen:

Anbieter wie Telekom oder Arcor sollen ihren Nutzern keinen freien Zugang mehr zum Netz gewähren, sondern ihr Angebot mit einer vom Bundeskriminalamt (BKA) erstellten Liste täglich abgleichen. Die darauf genannten Seiten werden vom Netz abgeklemmt.

Doch Kinderpornonutzer würden wohl kaum von der Sperre abgeschreckt. Leicht lassen sich diese umgehen, wie selbst BKA-Direktor Jürgen Maurer einräumt.

Dagegen steht jedoch fest, dass nur mit der Zensur Kinder noch nicht geschützt werden. Zusätzlich droht der Missbrauch der Zensur für andere Zwecke.

Denn kaum wurden die Pläne von der Leyens konkreter, meldeten auch schon andere Gruppen ihr Interesse an den Zensurmaßnahmen an.

Neben dem Unterdrücken rechtsradikaler Inhalte ist auch von Seiten, die dem Glücksspiel, der Geldwäsche oder der Verletzung von Urheberrechtsverletzungen dienen, die Rede.

Einer maßlosen Ausweitung auf weitere Felder sind Tür und Tor geöffnet. Dass am Ende sogar die Zensur von regierungskritischen Diskussionen droht, zeigt der Fall Finnland.

Dort wurde 2007 ein Internetzensurgesetz erlassen – die Sperrliste wurde jedoch geheim gehalten.

Nachdem Blogger enthüllt hatten, dass

viele der Seiten überhaupt keine kinderpornografischen Inhalte enthielten und zur Diskussion darüber aufriefen, begannen die Behörden, auch gegen deren Seiten vorzugehen und sie vom Netz zu nehmen.

Der aktuelle Stand bei uns: Da der Union ein entsprechendes Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr gelingen wird, sollen die Anbieter das Internet einfach auf freiwilliger Basis und ohne gesetzliche Grundlage zensurieren.

Da sie damit aber gegen ihre eigenen Serviceverträge verstoßen, sollen sie die Maßnahmen in ihre Geschäftsbedingungen aufnehmen und Kunden ein Sonderkündigungsrecht einräumen.

Für die nahe Zukunft kann jedem Internetnutzer nur empfohlen werden, bei entsprechender Benachrichtigung einen Anbieterwechsel nicht auszuschießen.

### Vorbeugehaft im niedersächsischen Polizeigesetz

Eine Ausnahme in den Landespolizeigesetzen: 1996 wurde eine neue Regelung von Aufenthaltsverboten von der SPD-Regierung und ihrem damaligen Innenminister Glogowski ins niedersächsische Polizeigesetz aufgenommen (§17 Abs. 2). Das Gesetz

ermöglicht eine „Ingewahrsamnahme“ von mehr als 48 Stunden. Für diese besondere Inhaftierung wurden spezielle Hafteinrichtungen geschaffen. Eine davon befindet sich in der Polizeidirektion Voigtländerstr. 41 in Braunschweig-Gliesmarode.

**Wenn Sie sich informieren wollen:**  
Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.  
[www.ag-schacht-konrad.de](http://www.ag-schacht-konrad.de)  
<http://bibs.kostenloses-forum.tk>

## Versammeln verboten



Jens-Wolfgang Schicke, 22, ist Informatikstudent und kandidiert für die Piratenpartei als Direktkandidat für den Bundestag für den Bezirk Braunschweig.

### Niedersachsen will das Versammlungsrecht verschärfen. Lebhaft politische Debatten sind offenbar unerwünscht.

Wer eine Demonstration, einen Infostand oder sonstige Versammlungen organisiert, die der „öffentlichen Meinungsbildung“ dienen, kommt mit dem Versammlungsrecht in Berührung. Niedersachsen möchte ein eigenes Versammlungsgesetz auf die Beine stellen. Der entsprechende Entwurf hat es in sich: Anstatt das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu stärken, sollen dem politischen Bürger zusätzliche Hürden in den Weg gelegt werden: Die Versammlung ist drei Tage vorher anzumelden, statt wie bisher zwei.

Die Behörden können den Einsatz von Ordnern erzwingen und dann deren persönliche Daten verlangen. Gerade abseits vom politischen Mainstream, also dort, wo die politische Auseinandersetzung erst interessant wird, sind viele Menschen nicht gewillt, ihre Daten an die Behörden weiterzugeben und sich angreifbar zu machen. Je nach Belieben

können Veranstaltungen sogar verboten werden, wenn „der Veranstalter oder sein Anhang [...] Äußerungen dulden werden, die ein Verbrechen [...] zum Gegenstand haben.“ Die Möglichkeit, Versammlungen zu verbieten, sobald provokante Äußerungen zu erwarten sind, macht schließlich die öffentliche politische Meinungsbildung vollends zur Farce: Gerade wer grundsätzliche politische Forderungen aufstellt, wird daran gehindert, sie der Öffentlichkeit vorzustellen.

Derartige Regelungen untergraben aber den Grundgedanken der Demokratie: Die Bürger sollen sich eigentlich durch Diskussion eine Meinung bilden, die dann von den Abgeordneten umgesetzt wird. Denn schließlich ist der Bürger der politische Souverän und nicht eine handvoll Politiker im Landtag. So ist es nicht verwunderlich, dass das Bundesverfassungsgericht das bayrische Versammlungsgesetz – Grundlage für den niedersächsischen Entwurf – für verfassungswidrig erklärt hat.

Aus Sorge um das Versammlungsrecht und die politische Diskussion hat sich ein Bündnis von Parteien, Bürgerrechtsorganisationen und Gewerkschaften gebildet, die das niedersächsische Gesetz in seiner jetzigen Form verhindern wollen.

Sie fordern ein echtes Versammlungsgesetz statt des geplanten Versammlungsverhinderungsgesetzes.

Informationen zum Bündnis: <http://versammlung.diegedankensindfrei.org>



Versammlungsfreiheit (Delacroix)

## Mit der „Braunschweig“ auf die Weltmeere?

### Noch immer scheinen Waffen und Kriege den Menschen zu faszinieren. Jüngstes Beispiel ist Braunschweigs Oberbürgermeister.

Am Stadtrat vorbei bat Dr. Hoffmann das Verteidigungsministerium in Berlin, einem Kriegsschiff wieder den Namen der Stadt Braunschweig zu verleihen. „Es liegt im Interesse der Stadt, dass Sie nun mit unserem stolzen Wapen wieder hinausfahren“, kommentierte OB Hoffmann bald darauf die Schiffstaufe der Korvette „Braunschweig“ im Jahr 2006.

„Die deutsche Korvette ist das modernste Kriegsschiff der NATO“, schreibt die Bundeswehr zu diesem neuen Schiffstyp, dessen Raketen Landziele in einer Entfernung bis 400 km zerstören können.

Können wir jetzt stolz sein?



Vielleicht ja stolze Kriegerwitwen?

Laut OB Hoffmann ist es eine Frage der Gewöhnung. Ausgerechnet zum Volkstrauertag 2008 führte der OB laut BZ aus, dass 63 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutsche Soldaten wieder „in aller Welt“ im Einsatz seien, unter anderem in Afghanistan.

Einige von ihnen kämen in Särgen zurück, das sei „gewöhnungsbedürftig“.

Die Bevölkerung müsse sich – so Hoffmann – an diese Opfer gewöhnen, denn die deutschen Soldaten seien vom Parlament dorthin entsandt worden (BZ, 17. 11. 08).

Auf Eis gelegt ist dagegen die Mitgliedschaft Braunschweigs im Hiroshima-Städtebund, des weltweiten Zusammenschlusses von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für die Abschaffung der Atomwaffen – und für Frieden.

### Veranstaltungsankündigungen

21. April, 19.30 Uhr, VHS Alte Waage >Wege zu einer Kultur des Friedens< Frieden in Nahost -Ein hoffnungsloser Wunsch?

Zur Möglichkeit und Unmöglichkeit einer [deutschen] Friedensarbeit in Israel und Palästina Referent: Rainer Zimmer-Winkel, Publizist und Verleger

19. Mai, 19.30 Uhr, VHS Alte Waage >Wege zu einer Kultur des Friedens< Piratenjagd der Bundeswehr am Horn von Afrika

Referent: Claudia Haydt, Soziologin und Religionswissenschaftlerin, Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisation e.V.

# „Brunonia Die Hehre...“

Neuer Militarismus als Herzstück Braunschweiger Identität?



Anlässlich der neuerlichen Einweihung von Boreks Quadriga am 27. 10. 2008 waren die „Braunschweiger Jäger“ nicht die Einzigen, die mit ihren Salutschüssen eine kriegerische Atmosphäre schufen. Hier nun Auszüge aus der vaterländischen Rede der Quadriga-Einweihung um 1865, die

anlässlich der neuesten Einweihung wohl wegen ihrer zeitlosen Aktualität – ebenfalls mit viel Pathos – von der Festbühne herab zum Besten gegeben wurde, offensichtlich ganz im Sinne von Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann und Richard Borek (nachzuhören auf „You Tube“)

**Brunonia, die Hehre, hält straff die Zügel an, dem Krieg ward sie geweiht, dem Krieg für deutsches Recht, dem sich von je geopfert der Welfen alt Geschlecht. So warst Du uns zum Zeichen des Sieges dargebracht, es kämpften unsere Fürsten in mancher heißen Schlacht, Heil Dir, oh Herzog Wilhelm, der hoch das Banner trug, als noch des Korsen Geißel der Freiheit Wunden schlug.**

## Interview mit einem Gerüchtekoch aus Bumsdorf

Axel Klingenberg ist Braunschweiger Literaturdienstleister, Satiriker und Dozent beim Kulturbüro des AStA der TU und an der Musischen Akademie. Er ist Co-Herausgeber des Magazins The Punchliner und Organisator der Bumsdorfer Gerüchteküche.

**UB: Was ist denn die Bumsdorfer Gerüchteküche?**

Die Bumsdorfer Gerüchteküche ist unsere Lesebühne. Sie findet jeden 2. Donnerstag im Monat in der Kaufbar, Helmstedter Straße 135 statt. Wir lesen Texte vor und unterhalten die Zuschauer. Der Eintritt kostet 4 Euro.

**UB: Wer ist bei der Gerüchteküche dabei?**

Wir sind drei ständige Mitglieder. Neben mir sind dies Roland Kremer und Marcel Pollex. Dazu kommen noch ein bis zwei Gäste aus der regionalen Szene. Und dann haben wir noch eine Ein-Mann-Showband, den Benjamin Büttner – auch Play-it-again-Ben genannt.

**UB: Erklär uns bitte mal den Namen.**

Bumsdorf ist ein Spottname, den sich Wilhelm Raabe ausgedacht hat. Er wollte sich über Braunschweig lustig machen und hat den Roman „Abu Telfan“ geschrieben. In der Nähe von Bumsdorf liegt die Fürstenresidenzstadt Nippenburg, womit natürlich Wolfenbüttel gemeint ist. Und Gerüchteküche heißen wir, weil wir eigentlich eine Art Klatsch und Tratsch betreiben. Das heißt, wir schreiben über nicht alltägliche Situationen aus dem Braunschweiger Alltag.

**UB: Woher stammt die Idee?**

Die Idee stammt aus Berlin. Als ich dort das erste Mal eine Lesebühne gesehen habe, wusste ich, dass wir das in Braunschweig unbedingt auch machen müssen und habe dann zusammen mit Leuten aus der Slam-Szene die Bumsdorfer Gerüchteküche gegründet.

**UB: Sag doch mal in einem Satz, was die Gerüchteküche so interessant macht.**

Man kann dort die besten Geschichten über das Leben und aus dem Leben unserer Stadt hören!

**UB: Vielen Dank, Axel, für das Interview.**

*Das Interview wurde geführt von Fabio Reinhardt.*



Bumsdorfer Gerüchteküche

## Veranstaltungskalender

### April

- 9. 4., 20 Uhr:** KaufBar, Helmstedter Str. 135, Bumsdorfer Gerüchteküche mit Axel Klingenberg et al., Gäste: Kersten Flenfer und Lalle Grigo.
- 11. 4.: Ostermarsch 2009:** Kein Frieden mit der Nato, 11.30 Uhr, Kohlmarkt, Fahrrad-Demo, 13 Uhr Kundgebung
- 17. 4., 19 Uhr:** TU BS, Pockelstr. 4, Raum PK 4.3., Freiheit statt Vollbeschäftigung – Vortrag und Diskussion.
- 19. 4., 10 Uhr:** Pockelstr. Fahrradtour zur ASSE II
- 21. 4., 19.30:** VHS Alte Waage, Wege zu einer Kultur des Friedens, Frieden in Nahost – Ein hoffungsloser Wunsch? Zur Möglichkeit und Unmöglichkeit einer [deutschen] Friedensarbeit in Israel und Palästina. Referent: Rainer Zimmer-Winkel, Publizist und Verleger
- 22. 4., 19.30 Uhr:** Stadthalle BS „Was Dein Dach Dir geben kann“, Präsentation des Sonnen-Dachkatasters (siehe nebenstehende Ankündigung);
- 26. 4.:** Tschernobyl-Tag in Krümmel am Atomkraftwerk.

### Mai

- 1. 5., 10 Uhr:** Maikundgebung des DGB
- 6. 5., 19 Uhr:** im Ärztehaus an der Petrikirche, E-Card – Nein danke!, Referenten: Dr. Axel Brunngraber, Harald Kibbat (Freiheitsredner.de) – CME Punkte beantragt.
- 7. 5., 19 Uhr:** TU BS, Pockelstraße 19 PK 4.3, Ich habe doch nichts zu verbergen – „Menschenrechte in Zeiten des Terrors – Auf dem Weg in einen präventiven Sicherheitsstaat“, Referent: Dr. Rolf Gössner.
- 8. 5., 19 Uhr:** TU BS, Energieforum, Gebäudesanierung, Pockelstr., Raum 19.3
- 9. 5., 12 bis 18 Uhr,** Kohlmarkt, Politischer Samstag
- 10. 5., 10 Uhr:** Pockelstr.10, Radtour BS-Konrad-Assel
- 14. 5., 20 Uhr:** KaufBar, Helmstedter Str. 135, Bumsdorfer Gerüchteküche mit Axel Klingenberg et al., Gäste: Dirk Schadt, Luc Degla, Marc D.
- 19. 5., 19.30 Uhr:** VHS Alte Waage, Piratenjagd der Bundeswehr am Horn von Afrika - Hintergründe, Referent: Claudia Haydt, Soziologin und Religionswissenschaftlerin
- 28. 5., 19 Uhr:** TU BS, Pockelstraße 19, Raum SN19.1, Ich habe doch nichts zu verbergen, Politische Podiumsdiskussion zu Datenschutz und Überwachung auf europäischer Ebene.

### Juni

- 4. 6., 19 Uhr:** TU BS, Pockelstraße 19, Raum SN19.2, Ich habe doch nichts zu verbergen – „Die kleinen Chips“ RFID mit dem Schwerpunkt Unichipkarte, Referentin: Rena Tangens.
- 18. 6., 19 Uhr:** TU BS, Pockelstraße 19, Raum SN19.2, Ich habe doch nichts zu verbergen – Vor- und Nachteile der Unichipkarte, Referent: Prof. Dr. Michael Wetter.
- 18. 6., 20 Uhr:** KaufBar, Helmstedter Str. 135, Bumsdorfer Gerüchteküche mit Axel Klingenberg et al., Gäste: Karsten Weyershausen, Holger Reichard.

## Wussten Sie schon ?

- dass die Stadt für die Quadriga auch noch die Kosten für den Bauantrag, für die Prüfstatik und für die Baugenehmigung in Höhe von rd. 70.000 € übernommen hat?
- dass die Brunonia eine Allegorie einer „Schutzgöttin“ darstellt, die Mitte des 19. Jahrhundert die nationale Euphorie befördern sollte?
- dass es Herr Borek war, der für die Stadt die Endverhandlungen zum Verzicht auf die 4. „Schloss“-Fassadenseite führte?
- dass die Bank Credit Suisse nicht nur Eigentümerin des ehemaligen Schlossparks (jetzt Schloss-Arkaden-Kaufhaus) ist, sondern nun auch zum Schnäppchenpreis das ehemalige Kulturinstitut bekommen hat?
- dass die Prunksäulen im Eingangs-Vestibül des Schlossmuseums hohl wie Presspappe, aber teuer wie Granit-Stein sind ?
- dass die Stadt auch in Schulen 1-Euro-Jobber beschäftigt?
- dass im Braunschweiger Rat die SPD ihre Oppositionsrolle gar nicht wahrnimmt, sondern in einer „Pairing“-Vereinbarung der CDU immer die Mehrheit sichert?
- dass die Stadt häppchenweise 1000 Wohnungen verkauft hat, obwohl es offiziell heißt: Nibelungen-Wohnungen werden nicht verkauft.

### Veranstaltung

Braunschweig – EinHundert Prozent regenerativ, <http://www.energie.unser-braunschweig.de>

### Was Dein Dach Dir geben kann.

Vorliegende Forschungsergebnisse aus einem vom Wissenschaftsministerium geförderten Projekt (Sun-Area) können für die Städte Osnabrück und Braunschweig exklusiv und automatisiert die konkreten Solar-Potentiale für jedes einzelne Dach ermittelt.

**Mittwoch, 22. April 2009 um 19.30 Uhr** in der Stadthalle Konferenzsaal.

Referent: Helmut Jäger, Fa. Solvis.



### Veranstaltung mit Werner Rügemer

Publizist und Berater, Dr. phil.

### Geschäfte mit öffentlichem Eigentum:

### Der Bürger, der Verträge nie gesehen hat, bürgt.

**Am Dienstag, den 28. April 2009 um 19.30 Uhr** in der Stadthalle Konferenzsaal.

Werner Rügemer ist renommierter Autor verschiedener Bücher zu den Themen „Cross Border Leasing“, „Privatisierung in Deutschland“ und „Heuschrecken im öffentlichen Raum“.



## Wöchentlicher Informationsstand der B+BS